

## Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen

Das MBT-Trebbin hat in den letzten elf Jahren eine Vielzahl von Bürgerbündnissen beraten, begleitet, mitbegründet, in regelmäßigen Abständen besucht oder auch nur aus einiger Entfernung beobachtet. Einige dieser Initiativen gibt es noch heute in erstaunlich unveränderter Form und Zusammensetzung. Die meisten haben sich jedoch verändert, neue MitstreiterInnen gewonnen und alte verloren, haben sich verkleinert oder treffen sich nur zu bestimmten Anlässen. Wiederum andere haben sich schon vor vielen Jahren aufgelöst – entweder, weil sie das gemeinsame, verbindende Thema aus den Augen verloren, sich ins Private zurückgezogen oder andere Arbeitsfelder für sich entdeckt haben. Nicht wenige Mitglieder ehemaliger Bürgerinitiativen sind in die Kommunalpolitik gegangen oder haben ihre Aktivitäten zugunsten der Arbeit als Gemeindevertreter verringert oder eingestellt. Eines trifft vermutlich auf die meisten der Aktiven zu: Sie haben sich mit der Zeit verändert. Entweder weil sie ihre Ziele verfolgen und umsetzen konnten, ihre Erwartungen den Gegebenheiten und Realitäten angepasst haben oder weil sie sich neue Aktionsformen und Betätigungsfelder suchten, die ihren Bedürfnissen mehr entsprachen.

Der Artikel will anhand der Gründungsgeschichte, Arbeitsweise und Entwicklung einiger exemplarischer Bürgerinitiativen und ihrer MitstreiterInnen deren Motivation, Wirkungsweise, Bedürfnisse und innere Logik veranschaulichen. Im zweiten Schritt soll aufgezeigt werden, wie sich die Bürgerinitiativen und ihre Themen im Laufe der Zeit verändert haben und welche neuen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements sich derzeit entwickeln. Im Artikel wird dies anhand einiger ausgesuchter Beispiele vorgenommen. Es sei hier betont, dass es sich ausschließlich um demokratisch arbeitende Initiativen handelt, die sich humanitären Grundsätzen verpflichtet fühlen.<sup>1</sup>

Die befragten Bürgerinitiativen stammen aus den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald und sind sowohl ländlich als auch,

<sup>1</sup> In den letzten Monaten hat sich in Brandenburg eine Anzahl von Bürgerinitiativen gegründet, die sich vor allem gegen Flüchtlingsunterbringung in ihrer Umgebung wenden und häufig auch rechtspopulistische und fremdenfeindliche Positionen vertreten.

je weiter man in den „Speckgürtel“ von Berlin kommt, städtisch geprägt. Für Teltow-Fläming wurden die „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“, der „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie in Großbeeren e.V.“ und das „Bündnis Baruth bleibt bunt“ (BBB) befragt. In Dahme-Spreewald waren es das „Bündnis gegen Rechts“ (BgR) in Königs Wusterhausen das „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ (Aktionsbündnis Halbe) und das Bündnis „Buchholz offen und bunt“ (B'OB).

Anhand eines interviewgestützten Leitfadens wurden einer/m oder zwei BündnisvertreterInnen Fragen zum Gründungsanlass, der Arbeitsweise, den Konfliktfeldern und der Weiterentwicklung vorgelegt. Die Fragen beziehen sich auf die Zeit zwischen 2001 und 2015. Die meisten Interviews wurden im ersten Halbjahr 2015 geführt.

## **Die bunte Landschaft von Bürgerbündnissen im Spiegel ihrer Gründungs- Arbeits- und Transformationsphasen**

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft, zu leben...“ schrieb einst Hermann Hesse. Es ist auch bei Bürgerbündnissen zu beobachten, dass die Anfangszeit häufig als sehr bewegendes und verbindendes Ereignis erlebt wird, meist in einer Zeit des Umbruches, an die man sich auch später noch gut erinnern kann.

### *Gründungen*

Vera Hellberg (geb. 1963) ist Ende der 1990er Jahre mit ihrem Mann aus Berlin-Kreuzberg nach Mahlow gezogen. Damals hat sie eine starke Polizei-präsenz in der Gemeinde wahrgenommen, wusste aber zunächst nichts über die Hintergründe, den brutalen Überfall auf einen englischen Bauarbeiter jamaikanischer Herkunft und die Existenz einer rechtsextremen Szene im Ort. Sie hat aber angefangen, Fragen zu stellen und sich für die jüngere Geschichte des neuen Wohnortes zu interessieren:

„Wir kamen aus West-Berlin und alles war neu und unbekannt hier, es gab auch so eine gewisse Unsicherheit und dann wurde auch noch das Thema Rechtsextremismus in der Presse breitgetreten – wie Mahlow in der Presse dargestellt wurde – da hatte ich auch ein Problem mit, und dadurch dass der Täter aus der Tschäpe-Schule kam. Wir kannten einige Lehrer und einen Gemeindevertreter und haben uns dann irgendwie gefunden und getroffen, es war eine ganz wilde Gruppe und ich fand

das ganz irre. Jeder brachte einen anderen Hintergrund, auch verschiedene ‚Ostkulturen‘ mit und ich wusste sehr wenig darüber. Wir sind von Anfang an sehr offen miteinander umgegangen. Sehr schnell kam es dann zu der Idee für ein Bündnis, der Arbeitsgemeinschaft ‚Tolerantes Mahlow‘.“

Karin Weber (geb. 1953; Lehrerin und Behindertenpädagogin) war über zehn Jahre im Sprecherrat des ‚Aktionsbündnis gegen Naziaufmärsche und Heldengedenken in Halbe‘. Sie hat regelmäßig zu den Treffen eingeladen, moderiert und Gegenkundgebungen angemeldet und wurde so zum Aushängeschild der Bürgerinitiative.



*Karin Weber während der Kundgebung ‚Tag der Demokraten‘ im Juni 2005 in Halbe.*

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Im Jahr 2002, ich war Kreisvorsitzende der damaligen PDS, die Antifa kam zu mir ins Büro und sagte: ‚Die Nazis wollen in Halbe marschieren, wir wollen eine Gegendemo machen und brauchen jemand, der für uns anmeldet.‘ Ich wusste nichts von Versammlungsrecht und wusste nichts von Verantwortungsübernahme. Für mich war eine Gruppe in Königs

Wusterhausen, die sich Antifaschisten nannten, verlässlicher Partner, und sie waren auch sehr engagiert. So sagte ich: ‚Ich melde an‘. [...] Und wir haben an dem Tag 2002 überhaupt keine Vorbereitung getroffen, ich habe angemeldet und von der Polizei Auflagen erhalten und bin nach Halbe in die Kirchstraße gefahren und habe versucht, mit den jungen Leuten in’s Gespräch zu kommen, was mir auch gelungen ist [...]. Ich konnte da deeskalierend wirken zwischen der Antifa und der Polizei, worauf ich heute noch stolz bin.“

Frank Rauhut (geb. 1942, Chirurg) aus Königs Wusterhausen erlebe ich zum ersten Mal im Juni 2005 bei einer Kundgebung, dem „Tag der Demokraten“ als Reaktion auf eine rechtsextreme Demonstration in Halbe. Er trägt eine auffällige große Gorillamaske und dazu ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Ich kann nichts dafür, dass meine Nachfahren Glatzköpfe sind“. Alarmiert durch die Vorgänge im Landkreis engagiert er sich in Halbe und zwei Jahre später auch in Königs Wusterhausen wieder politisch:

„In meiner Arztpraxis liefen immer wieder Leute rum in solchen Nazi-klamotten mit üblen Sprüchen, da habe ich dieses T-Shirt vom Asgard-Versand besorgt, da stand drauf ‚Sturm 18 – Rache für 45‘ und ich hatte auch einen Zettel dran gehängt: ‚Wer so erscheint wird auch nicht mehr behandelt‘. Dann kam auch keiner mehr von den Leuten, aber das hat sich natürlich in der Szene rumgesprochen, und dann bekam ich 2007 eine Einladung zu einem Treffen und das war von den Autonomen Antifaschisten organisiert. Sie haben alle Leute eingeladen, von denen sie dachten, dass sie etwas ‚gegen Rechts‘ machen wollen. Das waren ganz vernünftige Leute, teilweise Studenten von der Fachhochschule Wildau, teilweise Schüler aus Königs Wusterhausen. Da waren wir so anfangs 25 bis 30 Leute, moderiert von einem jungen autonomen Studenten, wobei wir uns erst einmal darauf verständigt haben, wie das alles laufen soll, keine Leitung gewählt sondern eine Tagesordnung zusammen gestellt und dann basisdemokratisch diskutiert. Das ging alles ganz gut und dann haben wir Gegenmaßnahmen für die geplante Nazidemonstration in Königs Wusterhausen organisiert.“

Bianca Urban wird als freiberufliche Rechtsanwältin im Jahr 2008 mit dreißig Jahren zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin in ihrem Heimatort Märkisch Buchholz gewählt. Bereits in ihrer ersten Amtszeit erfährt sie, dass sich ein NPD Mitglied mit seiner Familie im Ort niedergelassen hat und einen ehemaligen Gasthof erwerben konnte.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Die Grundüberlegung war, da kommt jemand, der ein Haus erworben hatte und dort einen Treffpunkt für die NPD errichten will. Für mich stand fest, wenn hier Fremdenfeindlichkeit Einzug hält, dass sich dieser Ort das nicht leisten kann. [...] Da kam noch im August 2011 eine NPD-Kundgebung hier im Ort hinzu und dann haben wir sehr viel Engagement an den Tag gelegt, um ausreichende Kräfte zu mobilisieren, um hier eine Präsenz zu zeigen. Und diese Aktion in der Kirche hat dann gezeigt, dass wir ganz viele Leute nicht nur in Märkisch Buchholz, sondern auch in der Umgebung haben, die sich gegen diese Fremdenfeindlichkeit aufstellen und da war klar: Wir müssen uns besser organisieren und außerdem dran bleiben, dass die Pläne der NPD nicht umgesetzt werden können.“

Annette Braemer-Wittke (geb. 1959) lebt seit Mitte der 1990er Jahren mit ihrer Familie in Baruth, Teltow-Fläming. Sie ist in verschiedenen kulturpolitischen und sozialen Initiativen und Vereinen vor Ort aktiv und arbeitet seit 2013 auch als Kunstpädagogin in einer Oberschule. Schon bald erkennt sie die Notwendigkeit, sich vor Ort auch politisch zu engagieren.



*Annette Braemer Wittke  
und Tochter Charlotte  
bei der „Tour de Tolerance“  
am Mellensee, Sommer 2015*

Annette Braemer-Wittke:

„In der Zeit, als die Freien Kräfte Teltow-Fläming recht aktiv waren, kam es zu Vorfällen im Ort und an der Schule. Eine bunte Mischung von Bürgern vor Ort sah dringenden Handlungsbedarf und organisierte als erstes Zeichen der Solidarität das Konzert ‚Rock gegen Rechts‘ im Herbst 2011. Die sehr gute und unbürokratische Zusammenarbeit aller Akteure: Bürger, Schule, Sportverein, Stadt und Parteien haben uns alle etwas euphorisiert.“

Das war dann der Anfang der Bürgerinitiative. Den BI-Namen haben wir dann relativ spontan gefunden. Das MBT unterstützte uns sehr effektiv und ermutigend vor Ort, indem es uns mit anderen politischen Akteuren zusammenbrachte und mit Informationen versorgte.“

Ursula Schinowsky (geb. 1947) ist 1973 von Leipzig nach Großbeeren in den Landkreis Teltow-Fläming gezogen. Zu DDR-Zeiten war sie als Mathematik- und Physiklehrerin tätig, nach der Wende auch im Fach Politische Bildung an der Gesamtschule. Ihr Anliegen, sich in Großbeeren für eine demokratische Kultur einzusetzen und erste Kontakte zum MBT haben sie im Sommer 2002 zur Mitbegründung eines Bürgertisches für lebendige Demokratie im Ort veranlasst. Und das, obwohl sie bereits in der Kommunalpolitik aktiv war.

„Ich hatte es in DDR schwer und durfte mich nicht gesellschaftspolitisch engagieren und war froh über die Wende und habe mich ab 1990 in einer Wählergemeinschaft organisiert und mit dieser Wählergemeinschaft bin ich in die Gemeindevertretung gewählt worden. Ich war da zwölf Jahre dabei und habe aber festgestellt, dass man in einer Wählergemeinschaft, die nicht so groß ist, nicht so viel erreichen kann. Entscheidend sind ja die Parteien, aber Parteien waren für mich kein Thema. Nach der dritten Wahlperiode habe ich überlegt, damit aufzuhören und zu dem Zeitpunkt erfolgte auch das zweite Einwohnertreffen anlässlich rechtsextremer Vorkommnisse im Ort. Wir trafen uns in einer Gaststätte und Herr Hülsemann vom MBT war auch wieder dabei. Wir waren 15 Leute und haben überlegt, wie können wir das, was wir als Zielstellung hatten, besser umsetzen und dann kam es zur Gründung des ‚Bürgertisches für eine lebendige Demokratie‘.“

### *Zielsetzungen*

Der Verein „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“ in Großbeeren entstand vor 13 Jahren aus einem Runden Tisch von engagierten Bürgern und Bürgerinnen, die sich gegen rechtsradikales Gedankengut und gegen rechtsradikale Gewalt zusammengefunden haben. Ursula Schinowsky ist die stellvertretende Vorsitzende, zudem Leiterin des Frauenstammtischs und seit 2002 dort ununterbrochen aktiv. Großbeeren ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort am Stadtrand von Berlin. Die Einwohnerzahl hat sich in den letzten 20 Jahren durch Zuzug auf mehr als 8300 Einwohner verdoppelt. Zunächst als Reaktion auf eine eher kleine rechtsaffine Jugendszene vor Ort entwickelte sich



*Der Verein ‚Bürgertisch für lebendige Demokratie‘ und sein Frauenstammtisch im neuen Landtag (Ursula Schinowsky, fünfte von rechts)*

das bürgerliche Bündnis, in dem sich auch viele Zugezogene engagieren, schnell von einem reaktiv zu einem proaktiv arbeitenden Bündnis.

Ursula Schinowsky, „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“:  
„Wir haben schon zunächst Informationsveranstaltungen, auch im Jugendclub, mit Referenten gemacht, die sich in der rechten Szene gut auskannten und zu den verschiedenen Symbolen, Zeichen und Strukturen aufklärten konnten. So haben wir versucht, auch die Bevölkerung in Großbeeren zu erreichen. Aber wir wollten nicht nur ‚gegen Rechts‘ vorgehen, sondern wir wollten uns vor allem hier im Ort einbringen und das machten wir mit den vielfältigsten Veranstaltungen. So hat z. B. der Bürgertisch einen eigenen Frauenstammtisch, den ich seit zwölf Jahren leite und jeden Monat findet eine andere politische oder kulturelle Veranstaltung statt. Bei den thematischen Veranstaltungen steht unser Anliegen, zu informieren, im Vordergrund. Z. B. mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Witt, mit dem Verein ‚Andersartig‘ aus Potsdam oder auch mit Lesungen in der Buchhandlung hier im Ort. Wir haben uns aber auch beteiligt am Flächennutzungsplan in Großbeeren und damals eine umfassende Informationsveranstaltung für alle Bürger durchgeführt und vor den Bür-

germeisterwahlen machen wir auch Veranstaltungen, um die Kandidaten vorzustellen.“

Anders erging es Vera Hellberg und der Arbeitsgemeinschaft „Tolerantes Mahlow“ – in der heutigen Großgemeinde Blankenfelde-Mahlow im finanzkräftigen Norden des Landkreises Teltow-Fläming. Als Noël Martin, ein britische Staatsbürger mit jamaikanischer Herkunft, der 1996 nach einer Hetzjagd mehrerer rechtsextremer Jugendlichen mit seinem Auto in Mahlow schwer verunglückte und seitdem querschnittsgelähmt in Birmingham lebte, ankündigte, fünf Jahre nach dem Überfall die Gemeinde erneut besuchen zu wollen, gab es für die Arbeitsgemeinschaft nicht viel Zeit für lange Planungen, es musste schnell reagiert werden.

„2001 hatte Noël Martin in der Talkshow bei Beckmann angekündigt, dass er fünf Jahre nach dem Vorfall die Gemeinde wieder besuchen will, plötzlich hatte die BI einen konkreten Auftrag und ein großes Projekt zu stemmen, den Besuch inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten und auch die Gemeinde darauf vorzubereiten. [...] Eingeladen hatte ihn das ‚Landesweite Aktionsbündnis‘, die hatten aber gesagt, wir brauchen auch Leute vor Ort. [...] Dann brauchten wir einen Namen und es ging alles ganz schnell, obwohl wir schon befürchteten, dass die Vorbereitungen uns überfordern könnten, aber wir sahen es auch als Chance, zusammen zu wachsen. [...] Das gemeinsame Ziel war, ganz klar, für mehr Toleranz zu sorgen im Ort, offen zu sein. Deswegen waren wir kein Verein mit einer Satzung, sondern eher eine Interessensgemeinschaft – es ging auch darum, die Toleranz nicht nur kulturell zu gestalten, sondern zu leben.“

Im benachbarten Landkreis Dahme-Spreewald hatte sich Anfang der 2000er Jahre zunächst eine Initiative aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BDA) und Antifa gegen die rechtsextremen Demonstrationen und Kundgebungen in Halbe engagiert. Im Spätsommer 2004 kam es dann zur Gründung eines breiteren Bündnisses mit Unterstützung der Kreisvorsitzenden der damaligen PDS.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Die Bürger in Halbe waren verängstigt und ratlos und unsere Zielsetzung war, wir gehen nach Halbe und zeigen, dass es nicht nur Nazis gibt, sondern auch Menschen, die dagegen sind und Zivilcourage zeigen.“



*Rechtsextreme Kundgebung am Waldfriedhof in Halbe; November 2004*

Etwas später, im Herbst 2004, stößt auch der im gleichen Jahr gegründete „Verein für Bildung, Kultur, Tourismus und Gewerbe im Schenkenländchen e.V.“, der heutige „Bürgerverein BiKuT im Schenkenländchen e.V.“, hinzu. Dieser Verein wird aktives Mitglied im Aktionsbündnis Halbe. Sein Vorsitzender, Hilmar Stolpe (geb. 1950), lebte und arbeitete damals noch im benachbarten Teupitz und war schon vor der Vereinsgründung in Halbe aktiv. Schnell wächst das Bündnis ab Herbst 2004 zu einem breiten heterogenen Bündnis, dem sich auch verschiedene Vereine, Verbände und Interessengemeinschaften anschließen.

Hilmar Stolpe, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Unser Anliegen war, dass wir nicht wollten, dass Halbe zum Aufmarschort wird. Wunsiedel hatte schon weniger Attraktivität durch den Widerstand seiner Einwohner, die Naziszene suchte einen Ausweichort und Halbe mit dem Friedhof wäre für sie ideal, aber für uns eine Katastrophe gewesen. [...] Es ist ja so, dass die Gegend vor allem durch den Tourismus lebt und ein Tourist, der weiß, dass da Nazis hinfahren, der wird dort nicht hinfahren und die Region meiden. Es gibt aber viele kleine Gewerbetreibende, die vom Tourismus hier leben. Wir hatten uns eigentlich auf eine Aufgabe fokussiert und wir haben diskutiert und uns auf den

kleinsten gemeinsamen Nenner geeignet, nämlich den Naziaufmarsch zu verhindern. Es war zunächst eine pragmatische Entscheidung, die dann eine Mehrheit gefunden hat.“

Das „Bündnis gegen Rechts“ aus Königs Wusterhausen, dem sich Frank Rauhut anschließt, ist ausdrücklich ein „linkes, kämpferisches Bündnis“ mit antifaschistischem Selbstverständnis. In der ersten Zeit wird es vorwiegend von SchülerInnen und StudentInnen getragen, denen sich zwar nach und nach auch ältere Mitstreiter anschlossen. Aber eine Kooperation mit der Stadt, der Kommunalpolitik oder der Verwaltung ist in der Anfangszeit nicht gewünscht.

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

„Die Zielsetzung war am Anfang, die aggressive Naziszene zurückzudrängen, das stand eindeutig im Vordergrund, nicht allgemeine demokratische Prinzipien zu verkünden und für deren Durchsetzung zu sorgen – die Demokratie war kein Wort, mit dem man Punkte machen konnte. Diese Demokratie ist keine Demokratie, solange die Lobbyisten der Wirtschaft die Parlamentarier erpressen können.“



*Bannerflug „Die Stadt bleibt bunt – gegen eine rechtsextreme Demonstration in Königs Wusterhausen“*



*Mitglieder des Bündnisses bei einer symbolischen Auskehraktion*

Märkisch Buchholz, im Landkreis Dahme-Spreewald, gilt mit ihren 800 Einwohnern als kleinste Stadt Brandenburgs. Während der vier Kilometer entfernt liegende Ort Halbe im 20. Jahrhundert zahlreiche Arbeiterfamilien aus Berlin und Schlesien anzog, war Märkisch Buchholz von je her stärker ländlich geprägt. Wie die deutlich größere Nachbargemeinde Halbe wurde auch Märkisch Buchholz in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs große Schäden zugefügt. Die Bürgerinitiative „Buchholz offen und bunt“ gründet sich aus einer Initiative der ehrenamtlichen Bürgermeisterin Bianca Urban mit Unterstützung des örtlichen Gemeindepfarrers Jürgen Behnken. Von Anfang an sind hier auch einzelne Gemeindevertreter, Vereinsvorsitzende und engagierte Privatpersonen im Ort beteiligt.

Jürgen Behnken (geb. 1961), „Buchholz offen und bunt“:

„Ich weiß gar nicht, ob es eine direkte Zielsetzung am Anfang gab. Aber Rechtsextremismus ist natürlich zersetzend für's Gemeinwesen und daher war es wichtig, direkt zu reagieren und Zeichen zu setzen. Die Andacht in der Kirche anlässlich einer Kundgebung der NPD hat da gut funktioniert und die Initiative war danach so etwas wie ein Selbstläufer. Die Meinungsführer im Ort haben sich getroffen und andere

**Die Freie Oberschule Baruth und  
das Bürgerbündnis „Baruth bleibt bunt“**

**laden ein zu**



**am 27.10.2012**

**von**

**16.00 - 22.00 Uhr**

**auf dem Baruther Sportplatz  
Es spielen Bands aus der Region**

© Rosa Weibung & Mehr - www.rosa-weibung.de

*Ankündigung eines Rockkonzertes gegen Rechts in Baruth, Herbst 2011*

sind dazu gekommen, aber die treibende Kraft war Bianca Urban, die Bürgermeisterin.“

Die lokale Verankerung und das Vorgehen der entscheidenden Meinungsmacher im Ort befördern in der Regel Arbeitskraft, Attraktivität und Erfolgserlebnisse von Bündnissen. Nicht selten müssen auch Zielsetzungen den Entwicklungen vor Ort immer wieder angepasst werden.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Die große Zielsetzung war, diesen Plan der NPD, hier Fuß zu fassen, zu verhindern und insoweit war dann immer in kleinen Schritten zu prüfen, wie wir das angehen können. Es gab nie eine konkrete Zielsetzung, sondern eine allgemeine Zielsetzung. Wir haben dann auf Aktionen der NPD reagiert und mehrere Zwischenschritte geplant, ggf. auch neue Zielsetzungen geplant.“

Wie Märkisch Buchholz ist auch die Kleinstadt Baruth im Süden von Teltow-Fläming mit ihren zwölf z.T. weit auseinander liegenden Ortsteilen und insgesamt nur gut 4.100 Einwohner ländlich geprägt. Das Bündnis „Baruth bleibt bunt“ (BBB) ist zunächst breit aufgestellt. Zu den regelmäßigen Sitzungen kommen auch der Bürgermeister, einzelne Stadtverordnete und bei Bedarf, wenn es um die Organisation größerer Veranstaltungen geht, nehmen auch Verwaltungsmitarbeiter teil. An der Ausrichtung und Arbeitsweise von BBB sind sie allerdings weniger beteiligt. Hier gibt eine kleine Gruppe mit wechselnden Akteuren den Kurs vor. Als Reaktion auf Hakenkreuzschmierereien und dem Erstarken einer eher subkulturellen rechten Szene im Ort organisiert die Direktorin der Oberschule mit einigen Schülern und dem Bündnis ein erstes Konzert gegen Rechts in Baruth. Dass diese Veranstaltung im Herbst 2011 relativ gut besucht wird und ohne Störungen verläuft, obwohl sie auch von der rechtsextremen Szene wahrgenommen wird, ist schon an sich ein großer Erfolg. Darüber hinaus verständigt sich das Bündnis ebenfalls darauf, eher proaktiv tätig zu werden.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“ (BBB):

„Demokratische Werte verstetigen, Engagement zeigen und Fuß fassen, bevor etwas passiert. Wir haben uns nie der Vorstellung hingegeben, Baruth könnte quasi ‚nazifrei‘ werden – weil es einfach unrealistisch ist. Unser Ziel war aber, dass wir die demokratische Kultur stärker befördern und noch lebendiger werden lassen. Wir versuchen dieses Polarisieren bzw. gesellschaftliche Auseinanderdriften nicht zu sehr zu fördern, was gar nicht so einfach ist.“

## *Arbeitsweisen und Themen*

Es stellt sich die Frage nach der Effektivität der jeweiligen Arbeitsweisen von Bürgerinitiativen. Ist es leichter, auf rechtsextreme Vorkommnisse zu reagieren und eine Gegenaktion zu planen oder präventiv, vorausschauend tätig zu werden? Eine einfache Antwort gibt es nicht, da Bündnisse immer im Kontext der jeweiligen Situations- und Problemlagen vor Ort agieren und abwägen müssen, wie stark beispielsweise ihr Mobilisierungsgrad zu welchen Themen ist. Ein Gradmesser dafür ist die politische Bedeutung eines Themas in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion. So waren z. B. der Besuch von Noël Martin in Mahlow, die rechtsextreme „Heldenverehrung“ in Halbe, das Erstarken der Freien Kräfte Teltow-Fläming ab 2009 und der Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ in Zossen<sup>2</sup> in der Vergangenheit durchaus wichtige Themen, zu denen sich auch mit Unterstützung der Medien viele Menschen mobilisieren ließen. Anders ist dies beim Zuzug von NPD-Kadern in das Gemeinwesen: Handelt es sich dabei um eine Person, die sich zunächst unauffällig verhält, wird der Zuzug eher als ein lokales Thema von weniger großem Interesse behandelt. In Märkisch Buchholz war es schon eher die Ankündigung von Sven Haverlandt, seinen ehemaligen Gasthof in ein NPD-Schulungszentrum umzubauen, verbunden mit der Organisation einer NPD-Kundgebung im Ort, die die BürgerInnen auf den Plan rief. Auch die Kleinstadt Baruth im Süden Teltow-Flämings hat in den letzten Jahren den Zuzug eines rechtsextremen Kaders und seiner jungen Familie bewältigen müssen. Anders als in Märkisch Buchholz ist er in seinem Wohnort bisher nicht spürbar politisch aktiv geworden. Dennoch, eine subkulturell ausgeprägte, weniger stark organisierte rechte Szene gibt es hier schon seit vielen Jahren. Daran haben sich viele Einwohner nach eigenen Angaben schon fast gewöhnt. So wundert es nicht, dass es schwer fällt, Menschen im Alltag „gegen Rechts“ zu mobilisieren. Diese Erkenntnis hat auch die Bürgerinitiative „Baruth bleibt bunt“ gemacht. Ihr geht es eher darum Begegnungen, gemeinsamen Austausch und lokale Identität im Ort zu fördern.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Wir haben Konzerte, Kinovorführungen und Reiseberichte organisiert, die für ländliche Verhältnisse recht gut besucht waren. Dazu haben wir Kurzfilme mit Baruther Jugendlichen gemacht, zum Teil in Kooperation

<sup>2</sup> Vgl. dazu: Nienhuisen, Andrea / Kasiske, Jan: Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt, in: Dirk Wilking/ Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III, Potsdam 2010, S. 41-61.

mit der freien Oberschule Baruth und der evangelischen Kirche. Diese Filme wurden u. a. in der Kreisverwaltung gezeigt und zum Teil im Internet veröffentlicht. Wir haben uns bemüht, ein Klima von Weltoffenheit, Akzeptanz und Toleranz zu schaffen und den Rechten so kein Einfallstor zu ermöglichen. Wir wollten auch den Begriff Heimat erfolgreich besetzen und haben dazu verschiedene Sachen gemacht. Unsere regelmäßigen Treffen finden an unterschiedlichen Orten statt, damit entlegene Ortsteile erreicht werden. Die Kontinuität der Treffen ist wichtig.“

Im Gegensatz zur aufwendigen Organisation von Konzerten, Kundgebungen und Demonstrationen lassen sich themenbezogene Filmabende, Lesungen und Vorträge zwar auch mit wenigen Personen vorbereiten, aber sie erreichen damit meist vor Ort auch nur eine begrenzte Teilnehmerzahl. Die Wirkung und Reichweite dieser inhaltlichen Arbeitsweise in einem Gemeinwesen ist zwar meist weniger Aufsehen erregend, kann aber qualitativ durchaus effektiv sein.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Ich glaube, man muss sich von dem Ideal verabschieden, dass viele Leute kommen. Das ist unrealistisch, wenn man seinen Erfolg daran misst. Die Stimmung in dem Bündnis ist eigentlich sehr gut, wir hatten jetzt letztlich auch noch eine Ortsbürgermeisterin dabei, die auch so ein bisschen aufgerüttelt worden ist. Die Stimmung ist nicht von Profilierungsdrang geprägt. Wichtig ist eine gute Vernetzung, auch wenn es nur wenige Personen sind, die sich regelmäßig austauschen und Veranstaltungen durchführen.“

Viele Bündnisse sind gerade in der Anfangszeit enorm produktiv und stark. Dies hat damit zu tun, dass sie ein Ziel vor Augen haben, das ihnen erreichbar scheint und sie dadurch eine starke Motivation verspüren. Auch werden demokratische Aushandlungsprozesse, anders als in der parteipolitischen Arbeit, als belebend, direkt und konstruktiv erlebt.

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Ein halbes Jahr hat sich die BI fast wöchentlich getroffen. Es war wie ein Flow, ein Rausch, man hat so viele neue Leute kennen gelernt, intensiv kennen gelernt, mit denen man auch nächtelang diskutiert hat, Menschen mit denen man sich sonst nie so ausgetauscht hätte. Es war sehr spannend und lehrreich. [...] Und dann sind viele Untergruppen entstanden, z. B. auch die Aktion ‚Gesicht Zeigen‘ und jeder hat eine Aufgabe übernom-

men. Die Mitglieder waren alle gleichberechtigt, es gab viele Arbeitsgruppen und einen Sprecher. Es wurde per Mail eingeladen und es gab eine Tagesordnung. Es herrschte das Mehrheitsprinzip, denn man wollte ja ‚Demokratie leben‘ – und wenn jemand nicht dabei sein konnte, haben wir ihn über Mail informiert und er konnte seine Meinung dazu per Mail mitteilen.“

Erst nach und nach folgen der stürmischen Anfangsphase pragmatischere Überlegungen: Wo soll es hingehen, wie muss sich Zivilgesellschaft aufstellen, damit sie längerfristig arbeiten kann, wer kann die Arbeit leisten, wer hat die Kapazitäten? Auch im „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ (kurz: „Aktionsbündnis Halbe“), wird nach eigenen Angaben zunächst viel diskutiert – ein Konsens lässt sich mit der zunehmenden Größe und Heterogenität der Gruppe lediglich noch aufgrund der gemeinsamen Zielsetzung im Namen erzielen. Und dieser Konsens wird dann durch die Moderation und den Sprecherrat immer wieder zitiert und verteidigt. Mit den Jahren wird das Bündnis zu einer parteiübergreifenden Initiative wachsen, in der auch bei der Planung von Großveranstaltungen Verwaltung und Politik ihren Platz einnehmen.



*Große Beteiligung am „Tag der Demokraten“ im Juni 2005 in Halbe*

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Stabilität hängt davon ab, dass nicht nur viel diskutiert wird, sondern jeder auch weiß, was er vom anderen erwarten kann und wo die jeweiligen Grenzen sind. Wir haben da so eine gegenseitige Toleranz zu den einzelnen Personen mit ihren Eigenheiten entwickelt. Ich habe es zwar moderiert, das war aber dem geschuldet, dass ich dann als Mitglied des Landtages die Zeitkapazitäten dafür hatte und außerdem auch die technische Ausstattung mit Internet und Computer. Es war Bestandteil meiner politischen Arbeit und somit war ich auch im Sprecherrat. Der Sprecherrat war eher so ein Rat für die Polizei bzw. Presse, also wenn z.B. Sicherheitsgespräche geführt werden mussten oder Interviews.“

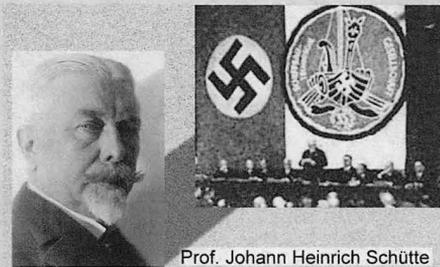
Wie im „Aktionsbündnis Halbe“ hatte sich die Antifa nach einer gewissen Zeit aus der Bündnisarbeit in Königs Wusterhausen zurückgezogen. Antifa-Gruppen können in Brandenburg in der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus häufig als treibender Motor angesehen werden, wenn sie auch mitunter durch radikales Auftreten und Forderungen als Problem wahrgenommen werden. So bleiben sie in der Regel auch Bürgerinitiativen dann wieder fern, wenn diese ihren Forderungen und Sichtweisen nicht folgen. Während die Antifa in Halbe vermutlich die breite Beteiligung bürgerlicher Parteien als wenig attraktiv für die eigene Arbeit betrachtete, stieg in Königs Wusterhausen die Antifa aufgrund eines internen Konflikts aus, der von einzelnen polarisierenden Persönlichkeiten ausging. Auch im „Bündnis gegen Rechts“ erfolgte nach einiger Zeit die Einsicht, dass ehrenamtliches Engagement allein das Klima in der Stadt nicht verändern kann, wenn die Politik das Thema nicht zusätzlich befördert.

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

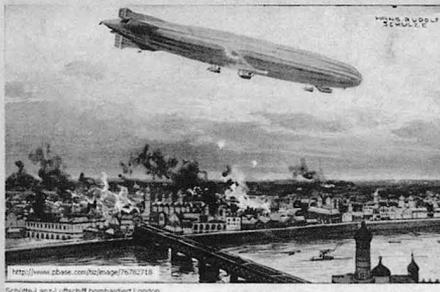
„In den ersten Jahren haben wir an der eigenen Logistik gearbeitet, um viele Leute auf die Straße zu bringen, um rechtsextreme Aufmärsche stoppen zu können. Nachdem die Antifa dann weg war, gab es eine Beständigkeit, aber wir waren nur noch zehn, manchmal zwölf, manchmal sieben Leute. Später haben wir uns dann stärker mit inhaltlicher Arbeit beschäftigt – das haben dann eher zwei bis drei Leute gemacht. Wir haben z. B. Veranstaltungen und Symposien gemacht, z. B. über die Rolle von Stauffenberg, den die rechte Szene für sich vereinnahmen wollte. Dann Veranstaltungen und Lesungen zur Bücherverbrennung – da haben wir zum Beispiel auf dem Fontaneplatz Bücher ausgestellt und verteilt, die im Dritten Reich verbrannt wurden. Und Veranstaltungen, in denen wir uns kritisch mit Heinrich Schütte auseinandergesetzt haben. Schütte war Ingenieur, der Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Rüstungsproduzenten Lanz Luftfahrtschiffe

## Der "Schütte - Lanz - Gewerbepark" muss umbenannt werden.

Kein ehrendes Gedenken  
für Rüstungsproduzenten  
und  
begeisterte Nazis !!



Prof. Johann Heinrich Schütte



*Die Stadt bleibt bunt !*

*Dokumentation über Professor Heinrich Schütte und seine Nähe zum Nationalsozialismus*

in der Region baute und den Nationalsozialisten nahe stand. Ziel war vor allem, die politisch Aktiven, die in der Stadt eine Rolle spielten, zu einer kritischen Auseinandersetzung anzuregen und sie für eigenständige Arbeit gegen Rechtsextremismus zu motivieren.“

Gerade an diesem Punkt ging die Stadt jedoch eigene Wege und verweigerte sich der Aufforderung aus der Zivilgesellschaft. Anders entwickelte sich das Bündnis „Buchholz offen und bunt“. Dadurch, dass die ehrenamtliche Bürgermeisterin Bianca Urban den Kurs einschlug und in dem Bündnis durch ihr Engagement und ihre eindeutige Haltung voran ging, gab es für das B'OB und seine Aktionen eine breite Unterstützung im Ort. Der zugezogene NPD-Kader konnte seine Pläne und Aktivitäten zunächst nicht ausbauen und erhielt lediglich Unterstützung von wenigen Personen, die der Bürgermeisterin ablehnend gegenüber standen.

Bianca Urban „Buchholz offen und bunt“:

„Eine Aktion war diese Briefkastenaktion, das war eine große Aktion, wo unsere Arbeit auch konkret wurde. Nachdem die Jugendorganisation der NPD Flyer im Ort verteilt hatte, haben wir uns gefragt, wie kann man das verhindern und dann haben wir selbst einen Aufkleber entworfen und den mit Fördermitteln gedruckt. Dieser Aufkleber, der an Privatbriefkästen angebracht werden konnte, untersagte Zustellern Werbung von der NPD einzuwerfen. Einige haben sich im Ort auch getraut, da mitzumachen und infolge dessen haben wir im zweiten Schritt auch die NPD verklagt, als sie sich nicht an die Aufforderung des Aufklebers gehalten haben. Und dann haben wir auch vor Gericht damit einen großen Erfolg erzielt.“

Die erfolgreiche Projektidee, Briefkastenaufkleber gegen die NPD zu entwerfen, wurde aufgrund der Empfehlung des MBT auch von anderen Städten und Gemeinden Brandenburgs kopiert. Mittlerweile ist die Entwicklung dazu fortgeschritten. Im Zuge der Bürgermeisterwahl 2014 hat der rechtsextreme Kader im Ort noch einmal seine eigene Wahlwerbung im Ort verteilt, dazu auch noch Wahlwerbung der NPD. Da die VertreterInnen der Bürgerinitiative schon über einen juristischen Titel in dem Zusammenhang verfügten, wird die Angelegenheit erneut beim Landgericht verhandelt und die NPD muss ein weiteres finanzielles Bußgeld fürchten.

Bianca Urban „Buchholz offen und bunt“:

„Die Flyeraktion war schon ein großer Erfolg. Dann sind da noch die historischen Bildtafeln im Ort und die Friedensbank unter der Eiche hinzuge-

kommen. Dort haben wir einen Ort geschaffen, der sich sowohl mit der Geschichte des Ortes im zweiten Weltkrieg auseinandersetzt, als auch einen Platz, an dem man heute in Ruhe den Blick schweifen lassen kann und der auch zukunftsgerichtet ist. Das sind die bislang größten Erfolge, mit dem positiven Effekt, der NPD den Platz mitten im Ort weggenommen zu haben für weitere Aktionen.“



*Die „Friedensbank“ und die historischen Bildtafeln in Märkisch Buchholz*

### *Konfliktlinien – Schwierigkeiten – Besonderheiten*

Anfang 2005 wird das „Aktionsbündnis Halbe“ nicht mehr in der Geschäftsstelle der PDS in Königs Wusterhausen tagen, sondern in den Räumlichkeiten der Alte Schule in Halbe. Aufgrund eines Beschlusses der Gemeindevertretung in Halbe sollen deren freien Räume zu einem Dokumentationszentrum zur Aufarbeitung der Kriegsergebnisse im Jahr 1945 rund um Halbe umgestaltet werden. Sowohl der Bürgermeister als auch die Mehrzahl der GemeindevertreterInnen unterstützen das Projekt des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge, in der alten Grundschule eine „Denkwerkstatt“ zu errichten. Auch das „Aktionsbündnis Halbe“ darf nun seine Tagungen dort abhalten, obwohl das Bündnis zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf eine breitere Unterstützung der GemeindevertreterInnen in Halbe setzen kann.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Das Engagement des stellvertretenden Bürgermeisters, Michael Schnieke, für unser Bündnis, ermöglichte es uns über Jahre hinweg, die Gemeinderäume in der alten Schule in Halbe zu nutzen. Damit war ein Ort gefunden, an dem einzelne Gruppierungen oder Parteien das Aktionsbündnis nicht für sich vereinnahmen konnten. Außerdem trug die räumliche Nähe zu den Bürgern langsam aber stetig zur Steigerung der Akzeptanz für unsere Arbeit bei.“

Ohne Förderverein ist zivilgesellschaftlichen Initiativen keine Mittelakquise bzw. die Verwendung und Abrechnung von öffentlichen Mitteln möglich. So nützlich öffentliche Zuwendung und Spenden für verschiedene Projekte und die Attraktivität der eigenen Arbeit sein können, die Mitglieder von Bürgerinitiativen werden damit zusätzlich mit verwaltungstechnischen Aufgaben belastet.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Ich persönlich habe immer weniger Zeit und Muße, um Projektanträge zu stellen und dann die Abrechnung zu machen. Herkömmliche Projektanträge sind für kleine Initiativen ein unverhältnismäßiger Kraft- und Zeitfaktor und aus dem Grund unzeitgemäß, weil man in der Ausführung sehr festgelegt und wenig flexibel ist. Gerade im Bereich der ‚Hilfe für Flüchtlinge‘ ändern sich aber täglich die Anforderungen und die schönsten Projektanträge sind nach zwei Monaten nicht mehr am Puls des Geschehens, also dort, wo die ehrenamtlichen Initiativen vor Ort am schnellsten und unbürokratischsten handeln könnten.“



*Gemeinsames Kochen und Treffen an der „Schlosstafel“ in Baruth, 2015*

Aber nicht nur finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen wirken erschwerend in der Arbeit, sondern auch die schwere Erreichbarkeit einiger Zielgruppen. Insbesondere ist es schwer, Jugendliche längerfristig für die Arbeit zu gewinnen.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Wenn wir die finanziellen Ressourcen hätten, dann würden wir gerne mehr Gastreferenten einladen, auch Musiker und ‚youtuber‘, um verstärkt jüngere Leute zu gewinnen. Jugendliche kann man nicht langfristig für Vereinsarbeit gewinnen, da sie nicht lange jugendlich sind und dazu schnell wechselnde Lebensabschnitte durchleben: Prüfungen, Berufspraktika, Sommerferien, Umzug, neue Liebe. Um Jugendliche jedoch noch mehr für unsere Themen, und sei es nur für kurze Zeit, zu gewinnen, müsste man noch mehr im Bereich ‚neue Medien‘ machen. Unsere jüngeren Unterstützer erreichen wir meistens ‚online‘, wir sind auch auf facebook und wir haben das eine oder andere Jugendmedienprojekt, auch in Kooperation mit der Freien Oberschule Baruth, realisiert. Uns fehlen da einfach die finanziellen, zeitlichen und personellen Ressourcen, um diesen Bereich wirkungsvoll auszubauen. Denn auch für die Jugendlichen vor Ort, die nicht für ein Studium oder einen Auslandsaufenthalt wegziehen, wären mehr zielgruppenorientierte Anreize sinnvoll.“

Es ist eine viel beklagte Tatsache, dass sich seit etlichen Jahren Jugendliche und junge Erwachsene kaum noch in Bürgerinitiativen oder ähnlichen Gruppen finden. Die Altersgruppe der Engagierten lässt sich mittlerweile auf die 40- bis 75jährigen eingrenzen. Aber auch das Verhältnis zwischen Alteingesessenen und Neubürgern ist nicht immer ausgeglichen.

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Was sehr schwierig war, war Alt-Mahlower zu finden, die in unserem Bündnis mitarbeiten wollten. Wir waren so ungefähr 20 Personen aber Alt Mahlower waren nur so drei, vier die regelmäßig kamen. Die haben uns schon einige Hinweise und Hintergründe erzählt [...] Die Gruppe war sehr beständig, aber es war sehr schwierig, Alt-Mahlower in das Bündnis zu bekommen. Mahlow war in den 1990er Jahren noch eine betuchte Laubenpieperkolonie, die eigentlich ihre Ruhe haben wollte. [...] Die Neubürger waren einfach zu dominant, massiv und fordernd. Das hat den Alt-Mahlowern nicht so gefallen. Ins Gespräch kam man am ehesten mit ihnen, wenn man sie nach ihren Erfahrungen und ihrer Geschichte gefragt hat.“

Szenenwechsel, Märkisch Buchholz: Trotz des erfolgreichen Engagements der Bürgerinitiative „B’OB“ und der Verbesserung des politischen Klimas im Ort, mussten die TeilnehmerInnen akzeptieren, dass unsere gesetzlichen Rahmenbedingungen die rechtsextreme NPD nicht von Wahlen ausschließt und ihren Mitgliedern die gleichen bürgerlichen Rechte garantiert, wie denjenigen, die sich für Demokratie engagieren. Für Bürgerinitiativen mit demokratischem Selbstverständnis ist dies eine bittere Einsicht.

Jürgen Behnken, „Buchholz offen und bunt“:

„Wir haben uns darauf verständigt, Haverlandt als Privatperson zu akzeptieren, aber ihm politisch keine Bühne zu ermöglichen im Ort. Wir mussten auch lernen, dass Parteien nicht zu Wahlen zugelassen werden müssen, sondern sie sich per Unterschriften-Aktion einfach bewerben/legitimieren können. Ein Misserfolg ist, dass Haverlandt dann doch in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, nein – eigentlich kein Misserfolg für uns, denn es wird immer wieder Zeiten geben, wo Menschen, denen es nicht so gut geht, auf einfache Lösungen setzen und so ein Stachel im Gemeinwesen ist hilfreich für Auseinandersetzungen.“

Dennoch bedeutet ein derartiger „Stachel im Gemeinwesen“ eine dauerhafte Herausforderung und bisweilen auch schwere Belastung für Politik und Ehrenamt, die sie ohne Unterstützung von außen nicht stemmen können. Anstöße gehen aus von symbolbehafteten Orten, wie z. B. einem Friedhof, an denen sich Rechtsextreme immer wieder versammeln oder einem Haus bzw. einem Grundstück, wo rechtsextreme Schulungen, Parteiversammlungen oder Konzerte abgehalten werden oder einem rechtsextremen Kader, der sich ins Gemeinwesen einbringen will.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Man muss das Selbstvertrauen haben, auch bei den Landräten, Landtagsabgeordneten um Unterstützung anzufragen. Wir schaffen nicht alles alleine. Als Ehrenamtler haben wir auch unsere Grenzen und diese Grenzen muss man auch akzeptieren und da muss man sich eben auch Hilfe von außen holen, und mir wurde auch immer geholfen.“

### *Kontinuität und Transformation*

Mit der Zeit, den Erfolgen, aber auch mit den erlebten Enttäuschungen und Niederlagen verändern sich Bürgerinitiativen und ihre Mitglieder. Bei einigen vollziehen sich Entwicklungen und Veränderungen schneller, bei an-

deren langsamer. Dank der beharrlichen und intensiven Arbeit des „Aktionsbündnisses Halbe“ über einen langen Zeitraum hat sich nach einigen Schwierigkeiten, insbesondere in der Anfangszeit, doch ein Erfolg eingestellt. Es ist nicht nur gelungen, das alljährliche rechtsextreme Heldengedenken in Halbe zu stoppen, sondern auch den Ort dauerhaft den rechtsextremen Kreisen als geschichtsträchtigen Veranstaltungsort zu entziehen. Ich treffe Karin Weber im Sommer 2015 zu einem Zeitpunkt, als ihre Entscheidung schon fest steht, sich nach elf Jahren aktiver Mitgliedschaft aus der Arbeit des Aktionsbündnisses zurückzuziehen.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Das hat einfach damit zu tun, dass ich mich gesundheitlich nicht mehr so stark fühle. Das ist eine persönliche Sache und auf der anderen Seite funktioniert das Bündnis mittlerweile auch ohne mich.“

Zudem konnte die Arbeit des Aktionsbündnisses, das lange ohne die aktive Unterstützung des Bürgermeisters im Ort auskommen musste, mit der Zeit auf eine breitere Beteiligung der Halbener Bevölkerung zählen. Das war ein schwieriger Prozess, aber mit der Erarbeitung einer neuen Strategie, die in die Organisation eines alljährlichen Bürgerfestes als Antwort auf die Anmeldung rechtsextremer Demonstrationen oder Kundgebungen mündete, verbesserte sich auch das Image der Initiative.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Unser Grundziel ist geblieben, aber die Gesellschaft hat sich weiter entwickelt und Halbe auch. Mit der Kommunalwahl 2009 gab es dann auch einige neue Bürgermeister im Landkreis, die dem Bündnis positiver gegenüber standen. Es hat sich eine andere öffentliche Meinung etabliert und so konnten sich die Gemeinden besser miteinander vernetzen und wir sind so vom Protestcharakter zu dem Bürgerfestcharakter ‚Vielfalt tut gut‘ im Schenkenländchen gekommen. Danach haben wir die historische Ausstellung in Halbe, das Stelenprojekt, mit befördert. Mit der historischen Stelenausstellung hoffe ich auch, dass der Ort bzw. die Lindenstraße jetzt mehr Gedenkstättencharakter hat. Es gibt so viele Menschen, die sich das angeguckt haben und das ist jetzt auch ein Moment, wo ich sage, wir haben das Ziel erreicht und das Aktionsbündnis findet für sich auch weitere Handlungsfelder. Wir wollen eine Veranstaltungsreihe zu den Stelen machen und uns stärker in die Flüchtlingspolitik einbringen. Und das ist für mich jetzt auch der Moment, wo ich gut aufhören kann.“

Auch der „Bürgertisch in Großbeeren“ ist mit der Zeit gegangen und hat sich den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen gestellt.

Ursula Schinowsky, „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“:  
„Ich bin jetzt im ‚Kleinen Beirat‘ zur Willkommensinitiative. Wir wussten, dass Flüchtlinge kommen und da war ich als Vertreterin des Bürgerliches mit dabei. Ich merke nun, dass sich sehr viele hier zu der Flüchtlingsthematik einbringen und dann wurde noch mal alles angesprochen, was schon alles läuft. Wir haben Fahrräder für die Flüchtlinge organisiert, es gibt jetzt auch sechs Nähmaschinen für Flüchtlinge und donnerstags sind wir drei Stunden zusammen und nähen gemeinsam. Dann ist das Projekt entstanden, dass neben dem Heim Gemüse angebaut wird, dass Kartoffeln und Zwiebeln gesteckt werden. Nach dem Ramadan wird es ein großes Willkommensfest im Heim geben und entscheidend ist, dass es vom Heim vorbereitet werden soll. Der Sportverein bringt sich ein, es gibt freie Trainingszeiten in der Sporthalle und inzwischen steht auch fest, dass die Bibliothek kostenlos von Flüchtlingen genutzt werden kann. Wir hatten im März auch fünf Flüchtlingsfrauen zum Frauenstammtisch eingeladen. Mit der Verständigung war es ein bisschen schwierig, aber es war ein schöner Abend.“

Auch andere „Bündnisse gegen Rechts“ engagieren sich mittlerweile in der Flüchtlingshilfe. Zudem wurden in den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald bis zum Herbst 2015 über zehn neue Initiativen im Bereich der humanitären Flüchtlingshilfe gegründet. Ein Großteil der ehrenamtlichen Arbeit wird von Frauen geleistet.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:  
„Ich habe auch beobachtet, dass der Großteil der notwendigen Arbeiten des ehrenamtlichen Engagements von Frauen geleistet wird. Seit der Gründung unseres Vereins sind drei Mitglieder politisch aktiver geworden, zwei Männer sind nun Stadtverordnete und eine Frau hat ein überregionales, politisches Amt angenommen. Die Hauptinitiative in unserem Verein ‚Baruth bleibt bunt e.V.‘ geht nach wie vor von Frauen aus, in akuten Krisen oder Entscheidungsphasen kommen dann auch die Männer zu den Treffen. Ich gebe meinem Mann als Stadtverordneten schon gerne Empfehlungen, was er aus unserer Sicht tun könnte.“

Nicht nur für Männer, sondern gerade auch für Frauen ist die Arbeit in den Bürgerinitiativen oft eine Tür in die Kommunalpolitik oder auch andere Be-

reiche. So auch bei der „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“, die sich nach der arbeitsintensiven Anfangsphase, der Vorbereitung des Besuchs von Noël Martin, neu orientieren musste.

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Wären wir ein Verein gewesen, dann wäre eine Beständigkeit vielleicht geblieben. Aber es hat dann jemand gefehlt, der gesagt hat, wir müssen uns jetzt aber treffen. Und dann hatte jeder auch seine eigenen Interessen, die haben wir dann in die jeweiligen Aufgabenbereiche Kommunalpolitik, Schule, Kultur usw. mitgenommen. Ob uns ein Thema fehlte, kann ich nicht sagen, es war eher so, dass jeder sein Thema irgendwie mitgenommen hat.“

In Märkisch Buchholz befindet sich im Spätsommer 2015 die Bürgerinitiative in einer Art Pausenmodus. Seit mehreren Monaten hat sie sich nicht mehr getroffen oder sich per Email über die Weiterarbeit verständigt.

Jürgen Behnken, „Buchholz offen und bunt“:

„Eigentlich hat sie jetzt keine wirkliche Aufgabe mehr. Wir wollten verhindern, dass Haverlandt mit einer Bundeszentrale der NPD bzw. mit einem nationalen Jugendzentrum hier Fuß fassen kann und das ist gelungen. Eigentlich gibt es im Moment keinen Anlass, tätig zu werden. ‚B’OB’ ist in Wartestellung und ‚B’OB’ wird auch nicht tätig. Es fehlen die Themen, aber gäbe es neuere Anlässe, dann würde sich ‚B’OB’ sicherlich reaktivieren lassen.“

Zudem überlagert plötzlich ein anderes Thema die Arbeit von „Buchholz offen und bunt“: Die Pläne zur Genehmigung bzw. zum Bau einer Gasförderanlage spalten den Ort spürbar in zwei Konfliktlager. Frau Urban hat, gemeinsam mit einer Mehrzahl der Stadtverordneten, für die Pläne gestimmt. Auf der anderen Seite stehen die Kritiker und Gegner dieses Projektes, unter denen sich auch der rechtsextreme Kader und seine Sympathisanten befinden. Mit der zunehmenden Polarisierung und der Verfeindung von Befürwortern und Gegnern wird nun von letzteren ein Abwahlverfahren gegen die ehrenamtliche Bürgermeisterin und Initiatorin von „Buchholz offen und bunt“ initiiert.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Es ist schwer zu sagen, wo wir jetzt stehen, denn damals hatten wir ein Ziel, aber mittlerweile gibt es ein Thema im Ort, das die Bevölkerung



*Protestkruz der Gasanlagengegner in Märkisch Buchholz im Sommer 2015*

spaltet und das sich auch durch das ‚B‘OB‘ zieht. Und durch die Abwahlgeschichte haben wir auch nicht die Zeit gefunden, im ‚B‘OB‘ darüber zu sprechen und weiter zu arbeiten. Es gibt auch einige Mitglieder, die sich bereits mit Haverlandt getroffen haben und es ist die Frage, ob diese dann noch ins ‚B‘OB‘ kommen, bzw. wie sich die Zusammenarbeit weiter gestalten soll?“

Acht Jahre nach der Gründung fällt es auch dem „Bündnis gegen Rechts“ in Königs Wusterhausen schwer, in der bisherigen Form weiter zu machen.

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

„Inhaltlich sind wir zeitgemäß – neuerdings machen wir auch im Bereich der Flüchtlingspolitik mit. Nicht zeitgemäß ist, was die Personenzahl betrifft – wir müssten viel mehr sein, wir müssten Publikationen herausgeben, wir müssten welche verteilen, die Leute mit Infoständen versorgen. Aber wir haben nicht mehr die Kapazitäten. Es reicht noch für einige Arbeiten und dazu, noch gelegentlich Präsenz auf der Straße zu zeigen. Es ist schwierig, sich in Königs Wusterhausen politisch zu engagieren. Das war in Königs Wusterhausen schon immer so, auch in den 1990er Jahren.“

## *Ausblick*

Die demokratische Zivilgesellschaft hat in den letzten zehn Jahren mit größerem Selbstverständnis ihren Raum gegenüber rechtsextremen Entwicklungen verteidigt und mitunter zurückerobert. Sie duldet keine rassistischen, gewalttätigen Vorkommnisse, steht eher zusammen und wird aktiv. Aber auf der anderen Seite gibt es auch viel Ernüchterung in Brandenburg – über die Parteienlandschaft ganz allgemein, aber auch über die als unzureichend empfundenen Gestaltungsmöglichkeiten in der Demokratie. Etwa unter JugendsozialarbeiterInnen, die auch die ungeliebten Kinder der Gesellschaft einbinden sollen, auch, wenn sie selbst immer wieder um ihre eigene Sicherheit bangen müssen und mit befristeten Arbeitsverträgen und unzumutbaren Stellenbeschreibungen die Super-Nanny für 14 Jugendclubs im ländlichen Raum geben.

Sich lediglich gegen Rechtsextremismus zu wenden, reicht vielen nicht mehr aus. Jetzt entstehen Bündnisse und Allianzen, die sich für nachhaltiges Leben in strukturschwachen Regionen einsetzen. Ein Beispiel ist „Transition Town Trebbin“, das „Institut zur Entwicklung des ländlichen KulturRaums“, das Projekt „BARUTHOPIA“, Tauschringe, Ersatzwährung, Vermarktung regionaler Produkte, ökologisches Bewusstsein, Tierschutz, „taste the waste“ und die Abkopplung von Braunkohle, Erdöl und von der Abhängigkeit von Energieversorgern, Selbstversorgung, Suche nach alternativen Energieträgern.

Nach dem Rückgang rechtsextremer Vorkommnisse und Straftaten und dem Rückzug einiger Kader und Akteure haben sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Bürgerinitiativen thematisch stärker für Flüchtlinge eingesetzt, für die Unterbringung in Wohnungen und die Integration in den Arbeitsmarkt. Allein in den Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spree-wald sind innerhalb kurzer Zeit mehr als zehn neue Flüchtlingsinitiativen entstanden. Gerade durch die Themen Flucht und Migration erleben viele Initiativen neuen Zuspruch, auch von Menschen, die sie vorher nicht erreichen konnten. Mit den Themen Flucht und Asyl gelingt es aber auch der rechtsextremen Szene, ihre Anhänger zu mobilisieren und nicht nur bei Rechtspopulisten, sondern auch in bürgerlichen Kreisen anzudocken.

Was heißt das für die immer gleichen Engagierten, Bemühten, Aufrechten, Demokraten? Viele von ihnen, solche die berufstätig sind, Familie haben und ehrenamtlich engagiert sind, haben nicht selten eine 70-Stunden Woche, ähnlich wie ManagerInnen oder SpitzenpolitikerInnen. Nicht wenige sind müde, ausgebrannt und skeptisch geworden. Auch lassen sich die zusätz-



*Ein Familienfest als Reaktion auf eine rechtsextreme Kundgebung in Luckenwalde 2009*

lichen Herausforderungen nicht mehr auf so viele Schultern verteilen. Wie verändert sich ehrenamtliches Engagement und wie verändert ehrenamtliches Engagement das Gemeinwesen und letztlich: Wie verändert sich jeder selbst?

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Verändert? Mein Selbstbewusstsein hat sich verändert, bei der ersten großen Bühnenveranstaltung habe ich mich nicht mal getraut, eine öffentliche Ansage auf der Bühne zu machen. Ich ruhe in mir selber und habe ganz viel gelernt, auch mit Menschen zu arbeiten und ich habe das Gefühl, wir waren sehr erfolgreich.“

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Die Arbeit im B'OB ist ein Teil von mir gewesen. Ich habe mein gesamtes ehrenamtliches Engagement immer als eins gesehen, meine politische Überzeugung war immer ein Teil des zivilen Engagements und auch umgekehrt. Es sind eher die leisen Geschichten, die aus B'OB erwachsen sind, z. B. die Friedensbank – wenn man sieht, wie viele Fahrräder da



*Landtagspräsident Gunter Fritsch besucht 2013 als Schirmherr des Bürgerfestes im Schenkenländchen die mobile Galerie des BiKuT e.V.*

stehen und Menschen Pause machen und dort sitzen, das ist richtig schön zu sehen und zu wissen, dass wir das geschaffen haben.“

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

„1990 wollte ich auswandern, weil ich mir sagte, es gibt hier so viele Veränderungen, die ich nicht mitgestalten kann, dass ich mein Land nicht mehr als meins erkenne [...]. Die Auswanderung ist nicht geglückt, dann hatte ich meine Praxis hier und musste hier bleiben, aber ich habe mich nirgendwo mehr beteiligt – ich habe gesagt, macht euren Kram alleine. Das hat sich erst wieder verändert mit der Arbeit der BI. Die Arbeit hat mir wieder das Gefühl geschaffen – das ist mein Land, das hat ein Gefühl für die Region geschaffen. Diese Zusammenarbeit mit Anderen, auch das Kennenlernen der jungen Leute hat eigentlich zu einem Ankommen geführt, weil ich auch Leute kennen lernte, die so ähnlich dachten wie ich. Von daher hat sich für mich viel verändert. Insofern hat die Arbeit dazu beigetragen, dass ich mich wohler, nicht fremd fühle. Jetzt ist es wieder wie es vorher war, man fühlt sich wieder ziemlich machtlos, wie zu DDR-Zeiten, wie Cassandra – die Wahrheit kennen, aber keiner glaubt sie.“

Hilmar Stolpe, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Glücklicherweise mussten wir nie nach der Haltung der Parteien im Landtag fragen. Sie haben uns, wo es ging, in unserer Arbeit unterstützt. Es bewegte mich schon immer, wenn ich in Sachsen bin, zu sehen, wie irritiert Regierung und Polizei dort auf bürgerschaftliches Engagement reagieren, das ist schon befremdlich. In Brandenburg hat es sich so entwickelt – ich weiß nicht, ob das in anderen Bundesländern auch so ist, bei unseren Kundgebungen und Festen war auch immer ein Minister und der Ministerpräsident anwesend. Und dann hatten wir eigentlich auch die Polizei auf unserer Seite.“

Jürgen Behnken, „Buchholz offen und bunt“:

„Als Kirche vertrete ich ja auch Werte, die ich auch gerne über die Gemeinde hinaus mit den Menschen besprechen und durchsetzen möchte. Solange andere Institutionen ähnliche Werte vertreten, sehe ich da auch Möglichkeiten, mich zu engagieren. Wenn sie mich nach Kriterien für erfolgreiche Bündnisarbeit fragen: Menschen, die meinungsprägend sind, zusammenzubringen. Solange die entscheidenden Gremien nicht zusammenstehen, wird es immer schwierig sein, etwas zu bewegen.“

Annette Braemer-Wittke „Baruth bleibt bunt“:

„Wir ‚bunten Baruther‘ waren und sind uns einig, dass wir als sehr unterschiedliche Gruppe unsere Energie nicht in das Bekämpfen eines oder mehrerer Feindbilder stecken wollten, sondern in Aktivitäten, die ein menschenfreundliches Klima in Baruth fördern. Wir wollen eben nicht nur reagieren sondern gestalten.“

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Wenn heute so eine Situation der Not wieder auftreten würde, ich hätte aus alten BI-Zeiten gleich eine Handvoll Leute, die ich wieder anrufen und mobilisieren könnte. Auch unseren Email-Verteiler gibt es immer noch, wir haben uns de facto nie aufgelöst, wir haben uns einfach nicht mehr getroffen. Ich finde die Arbeit von Bürgerinitiativen total wertvoll und wichtig, aber sie bildet sich häufig aus einer Not heraus. Die Politik hat ganz klare Rahmenbedingungen, wie sie Themen angehen muss und angehen kann und das ist auch gut so. Aber ein Ort braucht immer auch Bürgerinitiativen, die Themen auch noch aus anderen Blickwinkeln beleuchten können, darum ist zivilgesellschaftliches Engagement superwichtig. Leider wird es oft so dargestellt, dass die Politik so dominant ist und die Zivilgesellschaft nicht gehört wird. Das stimmt aber so nicht,

weil die Politik auf Zivilgesellschaft angewiesen ist, weil die Politik nicht alles übernehmen kann, das ist mir so klar geworden und ich frage mich oft, wo ich besser aufgehoben bin? Will ich eigentlich Politik machen und den Hut für die Entscheidungen aufhaben oder möchte ich eigentlich die Politik lassen und wieder ins zivilgesellschaftliche Engagement gehen, denn da habe ich definitiv mehr von. Dann kann ich nur das machen, was mir wichtig ist und dann kann ich die Politik fragen und jetzt will ich euer Bekenntnis dazu. In der Politik geht es mehr um Entscheidungen, die ich aber abwägen muss und dazu muss ich alle betrachten, die ich aber oft gar nicht betrachten kann. Jedes Mal, wenn ich mich aufstellen lasse, stell' ich mir die Frage, die Politik gibt mir nicht so viel, wie mir damals die BI gegeben hat. Ich brauche Ehrlichkeit, Vielfalt und Menschen um mich rum.“

Ursula Schinowsky, „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“:  
„Manche beneiden uns. Großbeeren ist ein besonderer Ort. Trotz der vielen Zuzüge von Menschen hat Großbeeren gewonnen an Lebensqualität. Wir achten auf die Teamkultur und darauf, dass die Leute miteinander können hier im Ort. Ich kann mich auf jeden vom Frauenstammtisch hundertprozentig verlassen und wäre ich nicht beim Bürgertisch, wäre ich wahrscheinlich im Freien Bürgerbündnis (FBB) noch aktiver, ich muss mich einfach zivilgesellschaftlich einbringen in meinem Ort.“

## Fazit

Von den acht befragten Akteuren, die sich über die letzten elf Jahre in sechs verschiedenen Bündnissen organisiert haben, waren zum Zeitpunkt der Befragung nur vier unverändert tätig. Zwei Personen waren ausgeschieden, eine aus persönlichen Gründen, eine andere, weil das Bündnis „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“ nicht mehr existierte. Ein weiteres Bündnis, „Buchholz offen und bunt“ befand sich in einer Art Stagnations- oder Übergangsphase. D.h. von sechs Bündnissen sind vier immer noch tätig, wenn auch durch personellen Rückgang und inhaltliche Themenverlagerung in veränderter Form und Zielrichtung.

Bei einem Bündnis, dem „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“ in Großbeeren, haben sich Zusammensetzung und Zielrichtung fast unverändert erhalten. Bei allen befragten Akteuren konnte eine starke Identifikation mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus beobachtet werden, die sich in der Regel über deutlich mehr als fünf Jahre erstreckte.

Eine einfache Charakterisierung bzw. ein Vergleich der aufgeführten Bündnisse fällt schwer, da sie immer im jeweiligen zeithistorischen und regionalen Kontext betrachtet werden müssen. Zusätzlich sollte man, insbesondere bei Bündnissen, die über viele Jahre existieren, zwischen Gründungs-, Entwicklungs-, Stagnations- und Auflösungs- bzw. Veränderungsphasen unterscheiden.

Insgesamt ist es aufschlussreich zu erfahren, wie sich Bündnisse als eigene Systeme selbst begreifen und beschreiben und daraus Erkenntnisse für sich ableiten. Diese Informationen fließen unmittelbar direkt oder erst im Laufe der Zeit in die jeweilige Beratungsarbeit des MBT ein. Je nach Intensität der Beratungsbeziehung werden diese Informationen direkter oder verhaltener kommuniziert.

Es gibt Faktoren, die auf eine erfolgreiche Arbeitsweise von Bündnissen hinweisen, etwa eine homogene Zusammensetzung, ein konkretes, verbindendes Ziel, eine hohe Identifikation mit dem Lebensumfeld und das daraus resultierende ‚Wir -Gefühl‘ oder auch ein gutes Netzwerk mit kompetenten Partnern. Letztendlich agiert aber jedes Bündnis mehr oder weniger als eigenständiges System in einem größeren Zusammenhang, der nicht nur seine Arbeitsweise beeinflusst. Als Faktoren wären hier die kommunale Realität oder der politische Diskurs zu nennen. Umgekehrt erzeugt jedes Bündnis, unabhängig davon wie erfolgreich es agiert, Wirkungen in seinem kommunalen und landespolitischen Umfeld. Kein Bündnis agiert somit ohne Wirkung.

Welche Voraussetzungen müssen für erfolgreiche Bündnisarbeit gegeben sein? In den Gesprächen wurden die folgenden Faktoren benannt:

- Je pragmatischer und realisierbarer Ziele gesteckt werden, desto größer sind die Erfolgsaussichten.
- Homogene bzw. heterogene Zusammensetzung des Bündnisses sollte der jeweiligen Zielsetzung und Arbeitsweise entsprechen.
- Unterstützung durch Bürgermeister bzw. Ortsvorsteher, Stadtverordnete, Vereinsvorsitzende ist erforderlich.
- Die Unterstützung sollte parteiübergreifend und nicht von Profilierungsinteressen Einzelner geprägt sein.
- Eine gute Moderation achtet auf eine konstruktive Diskussionskultur, alle Meinungen werden gehört, auf Polarisierung unterschiedlicher Positionen im Ort wird bewusst verzichtet.
- Jedes Bündnis benötigt ein „Zugpferd“, das nicht nur die Arbeit organisiert, sondern auch zielorientiert agiert.
- Ein Förderverein ist die Voraussetzung für die Beantragung von Fördermitteln und die Verwaltung von Spendenmitteln.

- Die Unterstützung von außen, d. h. Kooperation mit Verwaltungen, Sicherheitsbehörden und Landespolitik, ist hilfreich.
- Eine Bündnisarbeit, die nicht nur auf eine rechtsextreme Szene oder Vorfälle im Ort reagiert, ist in der Lage, präventiv bzw. proaktiv tätig zu werden. Wichtig ist dabei, das Verbindende in den Blick zu nehmen und ein lokales Gemeinschaftsgefühl zu fördern.
- Schließlich ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit für den Erfolg der Bündnisarbeit wichtig.

Nicht immer werden zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich gegen rechtsextreme Entwicklungen wenden, von Verwaltungen und Kommunalpolitik ausreichend unterstützt und wertgeschätzt. Mitunter werden sie insgeheim als Bedrohung oder Nestbeschmutzer gesehen. Damit im kommunalen Kontext umzugehen und entsprechende Strategien zu entwickeln, die eine erfolgreiche Arbeit dennoch möglich machen, ist eine der großen Herausforderungen ihrer Arbeit und jener des Mobilen Beratungsteams.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung  
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© Februar 2016, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung  
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31/7 406246, 01 73 / 6489581

Fax: 03 31/7 406247

Email: [geschaeftsstelle@big-demos.de](mailto:geschaeftsstelle@big-demos.de)

[www.gemeinwesenberatung-demos.de](http://www.gemeinwesenberatung-demos.de)

Redaktion: Kerstin Palloks, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei  
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-052262-8

# Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| Vorwort .....   | 7   |
| <i>Markus Klein</i>   |     |
| Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im<br>Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen?<br>Steuerung von kommunalen Diskursen .....                   | 9   |
| <i>Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz:</i>   |     |
| In Brüssel summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“<br>Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung<br>und zur Bearbeitung von „weißen Flecken“ ..... | 55  |
| <i>Gabriele Schlamann</i>   |     |
| Demokratieimpulse im ländlichen Raum .....  | 73  |
| <i>David Driese</i>   |     |
| Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen<br>und Empfehlungen für die Partizipation an politischen<br>Prozessen in ländlichen Räumen .....              | 89  |
| <i>Andrea Nienhuisen</i>  |     |
| Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen .....  | 103 |
| <i>Nicola Scuteri</i>   |     |
| Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen:<br>Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs .....   | 139 |
| <i>Susanne Kschenka</i>   |     |
| Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und<br>kreisfreien Städten des Landes Brandenburg .....   | 155 |
| <i>Dirk Wilking</i>   |     |
| Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus .....  | 171 |

*Michael Kohlstruck/ Alexander Lingk*

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei:

Der „III. Weg“ in Brandenburg ..... 199

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber ..... 223

Adressen des MBT ..... 224